

Bekanntmachung

Potsdam

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n):

Landeshauptstadt Potsdam, Der Oberbürgermeister, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14461 Potsdam; Kontaktstelle: Koordinierungsstelle Klimaschutz, BC 2, Zimmer 207 und 210, Herr Klaus-Peter Linke, Tel.: +49 331/2893006, Fax: +49 331/289 84 1814, Frau Cordine Lippert, Tel.: +49 331/2891814; Internet-Adresse: www.potsdam.de. Weitere Auskünfte erteilen die oben genannten Kontaktstellen. Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei: die oben genannten Kontaktstellen. Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen.

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en): Regional- oder Lokalbehörde, Allgemeine öffentliche Verwaltung, Umwelt. Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein.

Abschnitt II: Auftragsgegenstand

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber: Integriertes Klimaschutzkonzept mit den Teilleistungen: Energiekonzept, Stadtentwicklungskonzept-CO₂-Neutralität/Anpassungsstrategien, Solarinventur, Klimaschutzöffentlichkeitskonzept, Verkehrskonzept-klimaschonende Mobilität

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung: (c) Dienstleistung, Dienstleistungskategorie 12. Hauptort der Dienstleistung: Landeshauptstadt Potsdam. NUTS-Code: DE423.

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung : Öffentlicher Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung:

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Landeshauptstadt Potsdam beabsichtigt, zur Umsetzung der Stadtverordnetenbeschlüsse Druckvorlage 08/SW/0707 „Aufstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes“, DS 07/SVV/0221 „Maßnahmen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 20% bis 2020 auf der Basis von 2005“, Vorlage Nr. 95/057 „Mitgliedschaft Klima-Bündnis“, DS 06/SVV/0230 „Aktivitäten im Rahmen der Mitgliedschaft Klima-Bündnis fortzusetzen“ und der damit eingegangenen Selbstverpflichtung, den CO₂-Ausstoß langfristig auf 2,5 t CO₂ pro Einwohner zu begrenzen, den Auftrag für die Erarbeitung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes zu erteilen.

Es sind ein Gesamtkonzept und fünf Teilkonzepte zu erarbeiten. Die Erstellung der Konzepte wird losweise vergeben. Der Auftragnehmer für das Gesamtkonzept (Los 1) soll die Koordination der anderen Lose übernehmen, diese organisatorisch und inhaltlich zusammenführen und die Ergebnisse in die Gesamtbetrachtung einfließen lassen.

Der Schwerpunkt liegt in der Erarbeitung des Energiekonzeptes 2010 - 2030 (Wärmeatlas, Wärmekataster, Energieeffizienz, Potentialanalysen Nutzung Erneuerbarer Energie, Szenarien, Handlungsempfehlungen und Umsetzungsstrategien, Monitoringverfahren) (Los 2).

Im Stadtentwicklungskonzept (Los 3) „klimagerechte Stadt – CO₂-Neutralität bis 2050 / Anpassungsstrategien an den Klimawandel“ sollen Wege zur CO₂-Reduktion aufgezeigt werden. Es sind die zu erwartenden Änderungen des Stadtklimas zu demonstrieren und entsprechende Anpassungsstrategien darzulegen.

Des weiteren wird erwartet, dass mit Hilfe einer Solardachpotentialanalyse (Los 4) der Zielkonflikt zwischen Stadtgestaltung (Denkmalschutz) und Solarnutzung einer verbesserten, fachlichen Qua-

lität und Diskussion zugeführt wird. Im Anschluss an die Potentialanalyse ist eine Veröffentlichung der Solarinventur auf einer öffentlich zugänglichen, interaktiven Internetseite vorzusehen. In einem Öffentlichkeitskonzept – Klimaschutz (Los 5) sind mögliche Kommunikationswege zu verschiedenen Energieverbrauchergruppen zu erörtern und entsprechend zu konzipieren. Es ist ein Beratungsnetzwerk Energie und Bauen für die Landeshauptstadt auszuarbeiten. Im Teilkonzept Verkehr / Innovative Mobilitätsansätze (Los 6) sind Maßnahmen zu Verkehrsvermeidung und -verlagerung sowie technisch innovative Ansätze zu prüfen. Durch geeignete Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV und des Radverkehrs in der Landeshauptstadt Potsdam soll perspektivisch bis zum Jahr 2020 eine Veränderung des Modalsplit durch die Verlagerung von 10% MIV auf ÖPNV (+3%) und Radverkehr (+7%) erreicht werden. Als erster Schritt ist an der Erarbeitung einer Konzeption für die westliche Innenstadt als Pilotprojekt für das gesamte Stadtgebiet mitzuwirken.

Die gesetzliche Grundlage für den Klimaschutz findet sich in Brandenburg im Naturschutzgesetz § 1 Abs.2 Ziffer 12 :

„Natur und Landschaft sind als Lebensgrundlage des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen dauerhaft zu sichern ...Beeinträchtigungen des Klimas sind zu vermeiden, hierbei kommt dem Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung, insbesondere durch zunehmende Nutzung erneuerbarer Energien, besondere Bedeutung zu.“

Die Vergabe erfolgt im Verhandlungsverfahren nach öffentlichem Teinahmewettbewerb. Aus den eingehenden Teilnahmeanträgen werden bei ausreichender Teilnehmerzahl drei Bewerber ausgewählt. Diesen Bewerbern werden mit der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots die Verdingungsunterlagen zugesandt. Nach Eingang der Angebote erhalten alle Bieter Gelegenheit, ihr Angebot in einem 1-1,1/2-stündigem Präsentationstermin zu erläutern, evtl. Fragen des Auftraggebers zu beantworten und ggf. ihr Angebot zu präzisieren. Aus diesen Angeboten wird der Auftraggeber das wirtschaftlichste Angebot unter Berücksichtigung der in den Verdingungsunterlagen benannten Zuschlagskriterien ermitteln.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV): Hauptteil Hauptgegenstand: 71350000 (Wissenschaftliche und technische Dienstleistungen im Ingenieurwesen), Ergänzende Gegenstände: 71335000 (Technische Studien), 71351611 (Klimatologische Dienste), 71400000 (Stadtplanung und Landschaftsgestaltung), 71351710 (Geophysikalische Untersuchungen)

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja

II.1.8) Aufteilung in Lose: ja.

Zahl der Lose: 6

Wenn ja, sollten die Angebote wie folgt eingereicht werden:

für ein oder mehrere Lose

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein.

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags

II.2.1) Gesamtmenge bzw. Umfang:

Integriertes Klimaschutzkonzept mit den Teilkonzepten: Energiekonzept, Stadtentwicklungskonzept CO₂-Neutralität und Anpassungsstrategien, Solardachpotentialanalyse, Öffentlichkeitskonzept, Verkehrskonzept klimaschonende Mobilität

II.2.2) Optionen: nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung: Dauer in Monaten 7

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Informationen

III.1) Bedingungen für den Auftrag

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: gemäß Verdingungsunterlagen.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Sie haftet gesamtschuldnerisch und benennt einen bevollmächtigtem Vertreter. Die Bildung von Bietergemeinschaften nach Abgabe des Teilnahmeantrags ist jedoch nicht statthaft und kann zur Nichtberücksichtigung des Angebots führen. Beabsichtigt der Bewerber im Auftragsfall die Hinzuziehung von Nachunternehmern, so hat er bereits in seinem Teilnahmeantrag die vorgesehenen Nachunternehmer zu benennen.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen für die Auftragsausführung: ja.

Wenn ja, Darlegung der besonderen Bedingungen

Die Maßnahme wird im Rahmen der Klimaschutzinitiative des Bundes gefördert. Es gelten die Fördermodalitäten ANBest-Gk und BNBest-BMBF 98 gemäß Verdingungsunterlagen.

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Der Bewerber hat folgende Nachweise vorzulegen:

1. allgemeine Angaben zum Unternehmen
2. einen beglaubigten aktuellen Handels-/Vereinsregisterauszug oder Gewerbeanmeldung
3. eine schriftliche Erklärung folgenden Inhalts
 - a. Ich/Wir erklären, dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, nicht rechtskräftig wegen eines Verstoßes gegen eine der in § 7a Nr. 2 VOL/A genannten Bestimmungen oder entsprechende Strafnorm anderer Staaten rechtskräftig verurteilt worden ist.
 - b. Ich/Wir erklären, dass keine sonstigen schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit in Frage stellen
 - c. Ich/Wir erklären, dass wir im Vergabeverfahren keine vorsätzliche unzutreffende Erklärungen in Bezug auf unsere Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit abgegeben haben.
 - d. Ich/Wir erklären, dass kein Sperrvermerk gegen uns im Lieferantenverzeichnis nationaler Institutionen für öffentliche Auftragsannahme vorliegt.
 - e. Ich/wir erklären, dass über unser Vermögen kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist und das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
 - f. Ich/Wir erklären, dass wir unserer Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß nachkommen.
Die Vergabestelle behält sich vor, die Vorlage weiterer Unterlagen beizuziehen oder zu verlangen, insbesondere Bescheinigungen der zuständigen Stellen (nicht älter 6 Monaten).

4. Eine schriftliche Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber mit anderen Unternehmen wirtschaftlich verbunden ist, sofern er die zu vergebenden Leistungen mit anderen erbringen will. Soweit eine Beteiligung als Bewerber-/Bietergemeinschaft vorgesehen ist,

sind für jedes Mitglied die unter III.2.1, Ziffer 1 bis 3. genannten Erklärungen und Nachweise vorzulegen. Beabsichtigt der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft sich zum Nachweis der Eignung und zur Leistungserbringung der Fähigkeiten und Ressourcen von Dritten/Nachunternehmern/konzernverbundenen Unternehmen zu bedienen, sind auch von diesen zu nennenden Dritten/Nachunternehmern/konzernverbundenen Unternehmen die vorgenannten Erklärungen und Nachweise vorzulegen.

5. Ausländische Bewerber haben vergleichbare, für den Sitz des Unternehmens geltende Nachweise vorzulegen.
6. Angaben zur Zahl der beschäftigten Mitarbeiter(innen).
7. Nachweis der Qualifikation und Berufserfahrung in der Konzepterstellung/Gutachtertätigkeit im Themenfeld für Los 1:Umwelt, Ökologie und/oder Klimaschutz o.glw., für Los 2: Energiemanagement o.glw., für Los 3: Stadtentwicklung, Klimafolgenmanagement, Stadtklima o.glw., für Los 4: Solardachanalyse, Geodatenanalyse o.glw., für Los 5: Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit o.glw. und für Los 6: Verkehrskonzeption o.glw.
8. Sachkundenachweis, abgeschlossenes Hochschulstudium bzw. Fachhochschulstudium des/der für die Konzepterstellung vorgesehenen verantwortlichen Leiters/Leiterin im Aufgabenfeld für Los 1:Umwelt, Ökologie und/oder Klimaschutz o.glw., für Los 2: Energiemanagement o.glw., für Los 3: Stadtentwicklung, Klimafolgenmanagement, Stadtklima o.glw., für Los 4: Geodatenanalyse o.glw., für Los 5: Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit o.glw. und für Los 6: Verkehrskonzeption o.glw..
9. Nachweis und Qualifikation für den/die für die Konzepterstellung vorgesehenen verantwortlichen Leiters/Leiterin in der fachübergreifenden Projektarbeit/Projektmanagement und Kompetenzen, wie sie bei der Zusammenarbeit der verschiedenen Lose/Teilprojekte benötigt werden.
10. Sachkundenachweis, Fachhochschulstudium bzw. Berufsausbildung des/der für die Konzepterstellung vorgesehenen Mitarbeiter im Aufgabenfeld für Los 1:Umwelt, Ökologie und/oder Klimaschutz o.glw., für Los 2: Energiemanagement o.glw., für Los 3: Stadtentwicklung, Klimafolgenmanagement o.glw., Stadtklima, für Los 4: Geodatenanalyse o.glw., für Los 5: Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit o.glw. und für Los 6: Verkehrskonzeption o.glw.
11. Angaben über die vom Bewerber für die Leitung und Durchführung vorgesehene Personalstruktur hinsichtlich der Erstellung des Konzeptes/Gutachtens.

Die vorzulegenden Nachweise dürfen nicht älter als sechs Monate (gerechnet ab Einreichdatum) sein. Bieter aus EU-Ländern, in denen die benannten Nachweise nicht erteilt werden, haben gleichwertige Nachweise zu führen bzw. gleichwertige Erklärungen abzugeben und eine amtlich anerkannte Übersetzung beizufügen. Unvollständig eingereichte Unterlagen können unberücksichtigt bleiben, eine Nachforderung fehlender Bewerbungsunterlagen erfolgt nicht.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit: Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um Möglicherweise geforderte Mindeststandards die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

1. Bilanzen der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre oder Geschäftsberichte dieser Jahre, sofern deren Veröffentlichung vorgeschrieben ist.
2. Erklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren.
3. Erklärung über Umsätze des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er die Leistungen betrifft, die mit den zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind (getrennt nach Jahren). Nachweis, dass der Bieter über eine Betriebs- und eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung verfügt.

4. Referenzen über die Erbringung vergleichbarer Leistungen in den letzten fünf Jahren (Art der ausgeführten Arbeiten, Auftragsvolumen, Auftraggeber, Ansprechpartner, Telefonnummer). Für bis zu fünf Referenzprojekte wird eine detaillierte Beschreibung der Leistungsinhalte erwartet.
5. Die vorstehend unter 1 bis 4 genannten Nachweise und Erklärungen sind sowohl von den Bewerbern als auch Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft zu erbringen. Sofern der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft beabsichtigt, sich zum Nachweis der Eignung und zur Leistungserbringung der Fähigkeiten und Ressourcen von Dritten/Nachunternehmern/Konzernverbundenen zu bedienen, sind auch von diesen zu nennenden Dritten/Nachunternehmern/konzernverbundenen Unternehmen die vorstehend unter Ziffer 1 bis 4 genannten Nachweise und Erklärungen vorzulegen.
6. Außerdem ist eine Erklärung von Dritten/des Nachunternehmers/konzernverbundenen Unternehmens vorzulegen, wonach dieser/s bereit ist, Leistungen, finanzielle Mittel und/oder Ressourcen für den Auftrag zu erbringen bzw. bereitzustellen.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit: Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um Möglicherweise geforderte Mindeststandards die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

mit dem Angebot sind einzureichen:

1. ausgefülltes Leistungsverzeichnis
2. Angabe eines Bearbeitungszeitplanes, wie unter III.2.1.)11. benannt, mit der Angabe wie viele Mitarbeiter, welcher Qualifikation im vorgesehenen Zeitraum an dem Konzept tätig sein werden, einschließlich der Darstellung der zeitlichen Zusammenarbeit / Verknüpfung / Übermittlung von Arbeitsständen und Lieferung von Arbeitsergebnissen im und zum Gesamtkonzept. Die Zuarbeit der Teilprojekte/Lose zum Gesamtkonzept erfolgt mindestens nach der Grundlagenermittlung, der Vorauswertung und dem Endergebnis. Das Endergebnis der Teilprojekte/Lose ist dem Auftragnehmer des Gesamtkonzeptes mindestens 5 Wochen (ca. 21.05.2010) vor Liefertermin (30.06.2010) zu übermitteln.

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: nein.

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

nein.

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: nein.

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen: ja.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart: Beschleunigtes Verhandlungsverfahren.

Gründe für die Wahl des beschleunigten Verfahrens:

Dringlichkeit

Bewerber sind bereits ausgewählt worden: nein.

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden (nichtoffenes Verfahren, Verhandlungsverfahren, wettbewerblicher Dialog)

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: 3, s. a. sonstige Informationen

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs (Verhandlungsverfahren, wettbewerblicher Dialog)

Anwendung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: nein

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien: wirtschaftlich günstigstes Angebot: die nachstehenden Kriterien (die Zuschlagskriterien sollten mit ihrer Gewichtung angegeben werden bzw. in absteigender Reihenfolge ihrer Wichtigkeit, wenn eine Gewichtung nachweislich nicht möglich ist) :

- | | |
|---|----|
| 1. zielgerechte Qualität, Verbindung von theoretisch ausgereiftem Konzept und methodisch durchdachter Umsetzung | 50 |
| 2. Preis: | 30 |
| 3. Formale Qualität, Konsistenz von Zeit-, Arbeits- und Kostenplanung: | 20 |

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: nein.

IV.3) Verwaltungsinformationen

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: VV – 3 – 300 / 23 / 09

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: nein.

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen (ausgenommen bei einem DBS) **bzw. der Beschreibung** (bei einem wettbewerblichen Dialog):

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen:
30/10/2009 12:00 Uhr

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: ja.

Wenn ja, Preis (in Zahlen): 25,00 Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

ausschließlich mittels Banküberweisung

Empfänger: Landeshauptstadt Potsdam, Koordinierungsstelle Klimaschutz

Geldinstitut: Mittelbrandenburgische Sparkasse

Bankleitzahl: 160 500 00

Konto-Nr.: 350 222 153 6

Verwendungszweck: D-303-9-Klimaschutzkonzept

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge: 30/10/2009, 12.00 Uhr, Ort: die oben genannten Kontaktstellen.

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber (falls bekannt)

(bei nichtoffenen Verfahren, Verhandlungsverfahren und beim wettbewerblichen Dialog):
04/11/2009

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: deutsch.

Abschnitt VI: Zusätzliche Informationen

VI.1) Dauerauftrag: nein.

VI.2) Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird: nein.

VI.3) Sonstige Informationen:

Teilnahmeanträge sind bis zum 30.10.2009, 12. °° Uhr an die Koordinierungsstelle Klimaschutz zu richten.

Angebote müssen bis zum 18.11.2009, 13. °° Uhr bei Submissionsstelle eingereicht werden.

Der Bewerber wird darauf hingewiesen, dass alle mit dem Teilnahmeantrag eingereichten Erklärungen und Nachweise auch für das gegebenenfalls einzureichende Angebot Geltung haben sollen. Sofern sich im weiteren Verfahren Änderungen gegenüber dem Teilnahmeantrag ergeben, muss daher die Vergabestelle zu späterer Zeit gegebenenfalls erneut in eine Beurteilung der Eignung eintreten.

Nach Eingang der Teilnahmeanträge erfolgt eine Prüfung auf Vollständigkeit der abgeforderten Nachweise und Erklärungen. Fehlen vereinzelt Unterlagen, fordert der Auftraggeber unter Fristsetzung die Vervollständigung. Nach Fristablauf weiterhin unvollständige Teilnahmeanträge werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. In einem weiteren Schritt erfolgt dann die Prüfung der Eignung unter Beachtung der abgeforderten Nachweise und Erklärungen. Für diese Ermittlung wird der Auftraggeber

- a) allgemeine Angaben zum Unternehmen / Träger: 0 bis 6 Punkte, Gewichtungsfaktor 1;
- b) vollständige Erklärung (gem. III.2.1, Ziffer 3): 0 bis 6 Punkte, Gewichtungsfaktor 1;
- c) Angaben zur Zahl der beschäftigten Mitarbeiter(innen): 0 bis 6 Punkte, Gewichtungsfaktor 1;
- d) Nachweis der Qualifikation und Berufserfahrung in der Konzepterstellung und /oder Analyseverfahren: 0 bis 6 Punkte, Gewichtungsfaktor 2;
- e) Sachkundenachweis des/der für den vorgesehenen verantwortlichen Leiters/Leiterin: 0 bis 6 Punkte, Gewichtungsfaktor 1;
- f) Nachweis und Qualifikation des verantwortlichen Leiters in der vernetzten Projektarbeit: 0 bis 6 Punkte, Gewichtungsfaktor 2;
- g) Angaben über die vom Bewerber für die Leitung und Durchführung vorgesehene Personalstruktur: 0 bis 6 Punkte, Gewichtungsfaktor 2;
- h) Bilanzen der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre oder Geschäftsberichte dieser Jahre, sofern deren Veröffentlichung vorgeschrieben ist: 0 bis 6 Punkte, Gewichtungsfaktor 1;
- i) Erklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren: 0 bis 6 Punkte, Gewichtungsfaktor 1;
- j) Erklärung über Umsätze des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit den zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind (getrennt nach Jahren). Nachweis, dass der Bieter über eine Betriebs- und eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung verfügt: 0 bis 6 Punkte, Gewichtungsfaktor 1;
- k) Referenzen über die Erbringung vergleichbarer Leistungen in den letzten fünf Jahren (gem. III.2.2 Ziffer 4): 0 bis 6 Punkte, Gewichtungsfaktor 2;
- l) Vollständigkeit/Qualität des Teilnahmeantrages: 0 bis 6 Punkte, Gewichtungsfaktor 1;

Die Versendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe an die ausgewählten Bewerber erfolgt nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs, voraussichtlich bis zum 04.11.2009.

VI.4) Nachprüfungsverfahren / Rechtsbehelfsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren: Vergabekammer Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, Land: Deutschland, Tel.: +49 331/8661617, Fax: +49 331/8661562. Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren: nein.

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind:

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung: 29.09.2009

Anhang A

Sonstige Adressen und Kontaktstellen:

III) ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN, AN DIE ANGEBOTE/TEILNAHMEANTRÄGE ZU SENDEN SIND

Stadtverwaltung Potsdam, Geschäftsbereich 4, Stadtentwicklung und Bauen, Submissionsstelle, Haus 1, Zimmer 217-220, Hegelallee 6-10, 14467 Potsdam

ANHANG B (1)

ANGABEN ZU DEN LOSEN

LOS-NR.: 1 BEZEICHNUNG: Gesamtkonzept

1) KURZE BESCHREIBUNG

Die Landeshauptstadt Potsdam verfolgt langfristige Ziele der Treibhausgasreduktion. Um das Ziel 2,5 t CO₂ je Einwohner und Jahr zu erreichen sind grundlegende Veränderungen in allen städtischen Bereichen vonnöten. In einer städtischen Gesamtschau ist ein Leitbild zu entwickeln. Es soll die Bestandsaufnahme, Potentialabschätzung und Maßnahmenpriorisierung in allen relevanten Handlungsfeldern erfolgen. Dazu sind insbesondere die Ergebnisse der anderen Teilkonzepte mit einzubeziehen. Der Auftragnehmer für das Gesamtkonzept soll die Koordination der anderen Lose übernehmen, diese organisatorisch und inhaltlich zusammenführen und die Ergebnisse in die Gesamtbetrachtung einfließen lassen.

2) GEMEINSAMES VOKABULAR FÜR ÖFFENTLICHE AUFTRÄGE (CPV)

Hauptteil Hauptgegenstand: 71350000 (Wissenschaftliche und technische Dienstleistungen im Ingenieurwesen), Ergänzende Gegenstände: 71335000 (Technische Studien), 71351611 (Klimatologische Dienste), 71400000 (Stadtplanung und Landschaftsgestaltung), 71351710 (Geophysikalische Untersuchungen)

ANHANG B (2)

ANGABEN ZU DEN LOSEN

LOS-NR.: 2 BEZEICHNUNG: Energiekonzept 2010-2030

1) KURZE BESCHREIBUNG

Auf der Grundlage von räumlich differenzierten Bestandsaufnahmen und Bedarfsprognosen, erfolgt die Ermittlung der örtlichen Energiepotentiale, welche die Entwicklung von Konzeptvarianten (zentral-dezentral) sowie Bewertungen und Umsetzungsstrategien enthält. Die CO₂- und Energiebilanzierung der Landeshauptstadt wird methodisch aufgegriffen und soweit nötig erweitert. In Abstimmung mit der Koordinierungsstelle wird ein Monitoringverfahren entwickelt, dass, wo möglich, auf die anderen Teilkonzepte anwendbar ist.

Der Schwerpunkt der Untersuchung muss in der Untersuchung des Wärmebedarfs und Aufstellung eines (möglichst gebäudescharfen) Wärmekatasters liegen, da der Stromverbrauch sehr stark nutzerabhängig ist, liegen im Wärmeverbrauch erfahrungsgemäß die größten Potentiale, die auch kommunal beeinflussbar sind.

2) GEMEINSAMES VOKABULAR FÜR ÖFFENTLICHE AUFTRÄGE (CPV)

Hauptteil Hauptgegenstand: 71350000 (Wissenschaftliche und technische Dienstleistungen im Ingenieurwesen), Ergänzende Gegenstände: 71335000 (Technische Studien), 71351611 (Klimatologische Dienste), 71400000 (Stadtplanung und Landschaftsgestaltung), 71351710 (Geophysikalische Untersuchungen)

ANHANG B (3) ANGABEN ZU DEN LOSEN

LOS-NR.: 3 BEZEICHNUNG: Stadtentwicklungskonzept CO₂-Neutralität und Anpassungsstrategien

1) KURZE BESCHREIBUNG

Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich sehr ambitionierte Ziele zur CO₂-Minderung gestellt. Der 2005 ermittelte Stand der CO₂-Emissionen pro Kopf von 5,5 t soll bis 2020 um 20 % gesenkt werden, bis 2050 wird das Ziel von 2,5 t angestrebt. Um dies zu erreichen müssen insbesondere in der Stadtentwicklungspolitik die Weichen gestellt werden, indem hier die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Anforderungen in Einklang gebracht werden.

Aus diesem Grunde ist ein Leitbild „klimagerechte Stadt“ zu entwickeln und der Weg aufzuzeigen, wie man durch den sinnvollen Einsatz von Gebäude-, Energie- und Verkehrstechnik zu einer wesentlich CO₂-minimierten Stadt gelangen kann.

Im Rahmen eines Klimagutachtens sind die Auswirkungen von Flächennutzungen und -änderungen auf das sich wandelnde Stadtklima mit zu erwartender zunehmender thermischer Belastung zu ermitteln. Es ist das Grünvolumen und der Versiegelungsgrad der Stadt zu analysieren. In der Fortschreibung der Stadtklimakarte sind die wichtigen freizuhaltenen Frischluftschneisen der Stadt auszuweisen und ein Kaltluftinselnverbund zu konzipieren. Auf der Grundlage dieser Untersuchungsergebnisse sind Empfehlungen für eine Anpassungsstrategie an den Klimawandel zu entwickeln.

2) GEMEINSAMES VOKABULAR FÜR ÖFFENTLICHE AUFTRÄGE (CPV)

Hauptteil Hauptgegenstand: 71350000 (Wissenschaftliche und technische Dienstleistungen im Ingenieurwesen), Ergänzende Gegenstände: 71335000 (Technische Studien), 71351611 (Klimatologische Dienste), 71400000 (Stadtplanung und Landschaftsgestaltung), 71351710 (Geophysikalische Untersuchungen)

ANHANG B (4) ANGABEN ZU DEN LOSEN

LOS-NR.: 4 BEZEICHNUNG: Solardachinventur

1) KURZE BESCHREIBUNG

Im Rahmen dieses Teilkonzeptes soll der Zielkonflikt zwischen Stadtgestaltung und Solarpotentialnutzung einer verbesserten, fachlichen Qualität und Diskussion zugeführt werden. Die Landeshauptstadt Potsdam verfügt über einen hohen Anteil von Gebieten, über denen eine enge Gestaltungssatzung, Erhaltungssatzung, Denkmalbereichssatzung bzw. gebäudebezogener Denkmalschutz bzw. Gestaltungsfestsetzungen aus Bebauungsplänen liegen. In der Praxis verhindert dies oft die Errichtung von Solaranlagen. Daher liegt die Verbreitung von Solaranlagen in Potsdam auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Um jedoch die ambitionierten CO₂-Minderungsziele zu erfüllen, müssen alle CO₂-Vermeidungspotentiale differenziert quantifiziert und einer Nutzung zugeführt werden. Durch eine Solardachpotentialanalyse (Solarinventur) soll daher eruiert werden,

welches CO₂-Vermeidungspotential es insgesamt in der Stadt und speziell in den satzungsrelevanten Gebieten gibt.

Im Anschluss an die Potentialanalyse ist eine Veröffentlichung der Solarinventur auf einer öffentlich zugänglichen, interaktiven Internetseite vorzusehen. Mit Stadtkarten und Luftbildern soll dadurch jedes geeignete Gebäudedach mit der Grundrissfläche differenziert nach seiner Eignungskategorie graphisch visualisiert werden.

2) GEMEINSAMES VOKABULAR FÜR ÖFFENTLICHE AUFTRÄGE (CPV)

Hauptteil Hauptgegenstand: 71350000 (Wissenschaftliche und technische Dienstleistungen im Ingenieurwesen), Ergänzende Gegenstände: 71335000 (Technische Studien), 71351611 (Klimatologische Dienste), 71400000 (Stadtplanung und Landschaftsgestaltung), 71351710 (Geophysikalische Untersuchungen)

ANHANG B (5) ANGABEN ZU DEN LOSEN

LOS-NR.: 5 BEZEICHNUNG: Öffentlichkeitsarbeit Klimaschutz

1) KURZE BESCHREIBUNG

Es sind mögliche Kommunikationswege zu verschiedenen Energieverbrauchergruppen zu erörtern und entsprechend zu konzipieren. Es sollen herkömmliche Maßnahmen ebenso bedacht werden wie Umsetzungsmöglichkeiten für sozio-technische Experimente. Denkbar wäre die Prüfung von Einsatzmöglichkeiten von „fifty-fifty“-Prämiensystemen über Schulen hinaus.

Es ist ein Beratungsnetzwerk Energie und Bauen für die Landeshauptstadt zu konzipieren. Nach dem Vorbild ähnlicher Einrichtungen, z.B. in Berlin und Hannover, könnte eine Energieagentur als Weiterentwicklung der Koordinierungsstelle Klimaschutz gedacht werden. Neben den Beratungen und Vernetzungen für verschiedene Akteure sollen Demonstrationsvorhaben unterstützt werden und in der Öffentlichkeit kommuniziert werden.

2) GEMEINSAMES VOKABULAR FÜR ÖFFENTLICHE AUFTRÄGE (CPV)

Hauptteil Hauptgegenstand: 71350000 (Wissenschaftliche und technische Dienstleistungen im Ingenieurwesen), Ergänzende Gegenstände: 71335000 (Technische Studien), 71351611 (Klimatologische Dienste), 71400000 (Stadtplanung und Landschaftsgestaltung), 71351710 (Geophysikalische Untersuchungen)

ANHANG B (6) ANGABEN ZU DEN LOSEN

LOS-NR.: 6 BEZEICHNUNG: Klimaschutzkonzept Verkehr – innovative Mobilitätsansätze

1) KURZE BESCHREIBUNG

Es sind Maßnahmen zu Verkehrsvermeidung und -verlagerung sowie technisch innovative Ansätze zu prüfen. Dabei sind insbesondere die ersten Ergebnisse der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes zu berücksichtigen.

Durch geeignete Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV und des Radverkehrs in der Landeshauptstadt Potsdam soll perspektivisch bis zum Jahr 2020 eine Veränderung des Modalsplit durch die Verlagerung von 10% MIV auf ÖPNV (+3%) und Radverkehr (+7%) erreicht werden. Als erster Schritt ist an der Erarbeitung einer Konzeption für die westliche Innenstadt als Pilotprojekt für das gesamte Stadtgebiet mitzuwirken.

Generell sind die bestehenden Verkehrskonzepte zu überprüfen und ggf. um neue Ansätze, z.B. ‚Shared Space‘ oder eine Ausweitung der innerstädtischen Verkehrsberuhigung zu erweitern. Weiterhin soll untersucht werden, welche Möglichkeiten es auf kommunaler Ebene gibt, die Entwicklung im Bereich der Elektromobilität zu unterstützen.

Konkret soll z. B. die Schaffung entsprechender Infrastruktur in Verbindung mit sozialen Innovationen geprüft werden. Hier sind Varianten des Car-Sharing zu verfolgen, z.B. für räumliche und zeitliche Randbereiche des ÖPNV.

Da die Landeshauptstadt Potsdam über große Gewässerflächen verfügt und die Ausflugsdampfer ein Aushängeschild der Stadt darstellen, ist hier ein öffentlichkeitswirksamer Ansatz in Form des Einsatzes eines „Solardampfers“ zu prüfen.

Für das gesamte Teilkonzept ist eine Abstimmung mit der Aktualisierung des Verkehrsentwicklungsplanes vorzunehmen.

2) GEMEINSAMES VOKABULAR FÜR ÖFFENTLICHE AUFTRÄGE (CPV)

Hauptteil Hauptgegenstand: 71350000 (Wissenschaftliche und technische Dienstleistungen im Ingenieurwesen), Ergänzende Gegenstände: 71335000 (Technische Studien), 71351611 (Klimatologische Dienste), 71400000 (Stadtplanung und Landschaftsgestaltung), 71351710 (Geophysikalische Untersuchungen)